

Mostar als Experimentierfeld europäischer Entwicklungs-Interventionen?! Probleme und Schwierigkeiten in einer postkonfliktiven Region

Niemann, Patrick; Reuber, Paul

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Niemann, P., & Reuber, P. (2015). Mostar als Experimentierfeld europäischer Entwicklungs-Interventionen?! Probleme und Schwierigkeiten in einer postkonfliktiven Region. *Europa Regional*, 21.2013(3), 122-137. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-439272>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Mostar als Experimentierfeld europäischer Entwicklungs-Interventionen?! – Probleme und Schwierigkeiten in einer postkonfliktiven Region

PATRICK NIEMANN und PAUL REUBER

Zusammenfassung

Die Stadt Mostar wurde nach den Bürgerkriegen Anfang der 1990er Jahre im Zuge der internationalen Hilfe zu einem Einsatzfeld für aktuelle und zukünftige westeuropäische stadtregionale Stabilisierungs- und Entwicklungskonzepte. Die vorliegenden empirischen Untersuchungen zur Arbeit von Entwicklungsagenturen zeigen, dass die meisten dieser Initiativen nach anfänglichen Starterfolgen mit mehr oder weniger großen Akzeptanz- und Umsetzungsproblemen konfrontiert waren. Die Rekonstruktionen von exemplarischen Projektverläufen (stadtregionale Entwicklungsstrategie, Business Incubator, Flughafenprivatisierung) mit ihren Konflikten und Widerständen machten deutlich, dass daran vor allem die tief liegenden Inkompatibilitäten zwischen den westeuropäischen Rationalitäten und ‚Entwicklungs‘-Strategien der Agenturen und den vor Ort historisch deutlich anders strukturierten Formen und Netzwerken politisch-ökonomischer Macht verantwortlich sind. Auf lokaler Ebene kommen dabei in erster Linie die Selbst- und Fremdblockademechanismen sowie die ‚ethno-klientelistisch‘ ausgerichteten Muster und Praktiken in Politik und Verwaltung zum Tragen. Auf diese Weise finden sich die Entwicklungsagenturen in einem Spagat, in dem vielfältige Brüche und Widersprüche dazu führen, dass ihr Engagement und die damit verbundenen Projektinitiativen in ihrer Wirksamkeit sehr stark eingeschränkt werden oder zum Scheitern verurteilt sind.

Mostar, Entwicklung, postkonfliktiv, Intervention, Bosnien-Herzegowina, Südosteuropa

Abstract

Mostar, a testing ground for European development interventions?! – Problems and difficulties in a post-conflict region

After the civil war in the early 1990's, Mostar became a focus of activity for current and future West European urban stabilisation and development concepts related to international aid. The available empirical studies for work by such development agencies show that after initial successes in the start-up phase, most initiatives would to a greater or lesser degree be confronted with problems in acceptance and implementation. From reconstruction of exemplary project processes (urban and regional development strategy, business incubator, airport privatisation) with their conflicts and antagonism, it became clear that the primary causes of these problems lay in deep-seated incompatibilities between western European rationality and the "development" strategies of the agencies and the historically quite differently structured forms and networks of local political and economic power. At the local level, one first comes against personal and external obstructive mechanisms and the ethno-client established patterns and practices in politics and governance. This is how development agencies find themselves in a fine balancing act in which the many and varied fault lines and contradictions cause their involvement and related project initiatives to be severely limited in effectiveness or even doomed to failure.

Mostar, development, post-conflict, intervention, Bosnia-Herzegovina, south-east Europe

Die Stadt Mostar gilt wie kaum ein anderer Ort als Symbol für die neuen Kriege und Konflikte in Europa nach dem Ende der Blockkonfrontation. In den 1990er Jahren gingen die Bilder von der Zerstörung der historischen Brücke um die Welt. Das Ereignis grub sich tief ins kollektive Gedächtnis Europas ein, zeigte es doch, dass keine 50 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges ein neuer Fall von Krieg und ethno-nationalistisch motivierter Gewalt vor den Toren der westlichen Industrienationen stattfinden konnte. Vor diesem Hintergrund verwundert es nicht, dass sich die westeuropäischen Nationen nach dem Ende der Auseinandersetzungen eine besondere Verantwortung für die Stadt und ihren Wiederaufbau zuschrieben. In der Folge avancierte Mostar mit seinem frühen Sonderfrieden 1994 zum Experimentierfeld für aktuelle und zukünftige westeuropäische Stabilisierungskonzepte.

Wer heute aus der Vogelperspektive auf Mostar blickt, würde vordergründig durchaus Anzeichen für den Erfolg der von Westeuropa unterstützten Wiederaufbau- und Restrukturierungsphase finden. Bereits Ende der 1990er Jahre konnte sich die mit ca. 110.000 Einwohnern größte Stadt in der Herzegowina, die vor dem Konflikt das wirtschaftliche Zentrum der Region war und gleichzeitig ein wichtiges Ziel des nationalen und internationalen Ausflugstourismus darstellte, zumindest in der historischen Altstadt wieder mit einem ‚Touristen-Lächeln‘ präsentieren. Dazu trugen umfangreiche Hilfen bei, mit denen unter anderem auch die symbolträchtige ‚Alte Brücke‘ 2004 wieder aufgebaut werden konnte (vgl. YARWOOD 1999; SEEBACHER 2004). Bereits ein etwas genauerer Blick offenbart jedoch, dass hinter diesen wenigen Aushängeschildern und Hochglanzfassaden eine völlig andere Situation durchscheint, die eine gesplante Stadt zeigt, in der der ethnische Nationalismus bis heute den Puls der Stadt prägt.

Mostar: Blockade von innen – Entwicklung von außen?!

Nach dem Ende des Bürgerkrieges erhielt Mostar zunächst im Zuge der ersten Katastrophenhilfe, des beginnenden Wiederaufbaus und erster Schritte zu einer gesellschaftlich-politischen Neuordnung intensive Hilfe aus den Staaten Westeuropas (vgl. Kasten 1, Abb. 1, Tab.). Gleichzeitig eröffnete diese Außenorientierung von Anfang an einen sehr ambivalenten lokalen Entwicklungspfad, dessen mittel- und langfristige Schattenseiten im Rahmen der intensiven teilnehmenden Beobachtungen an politikbezogenen Entwicklungsinitiativen in den Jahren 2008-2013 herausgearbeitet werden konnten. Hierbei trat zu Tage, wie sehr sich unter den

spezifischen lokalen und regionalen Bedingungen trotz – oder gerade wegen – des permanenten Drucks der internationalen Diplomatie eine Form des Regierens etabliert hatte, die sich – etwas pointiert formuliert – zwischen politischem Ausnahme- und ‚Aussitz‘-Zustand ansiedeln lässt. Problematische Entscheidungen werden bereits auf nationaler Ebene von den fragmentierten ethnonationalen Kräften und ihren Klientelparteien in der Regel so lange aufgeschoben, bis eine Intervention des internationalen ‚Hohen Repräsentanten‘ mit seinen umfangreichen Befugnissen (die sog. ‚Bonn-Powers‘) in der ‚unregierbaren Stadt‘ erfolgt (NZZ, 26.03. 2013).

1: Bosnien und Herzegowina: Ein Land im Spannungsfeld ethnonationaler Fragmentierungen

Bosnien und Herzegowina wurde als eine von 6 Teilrepubliken des ehemaligen Jugoslawiens ab 1992 von kriegsgerischen Auseinandersetzungen erfasst. Nachdem sich die auf eine friedensorientierte Bewahrung der alten Staatsstruktur zielenden Kräfte nicht durchsetzen konnten, führte die Proklamation der eigenen Unabhängigkeit zu einem endgültigen Bruch zwischen den ethnonational ausgerichteten politischen Lagern des Landes. Der nachfolgende Krieg entlang ethnonationaler Identitätszuschreibungen war geprägt von massiven Zerstörungen und Vertreibungen (ethnic cleansing). Die Auseinandersetzung führten zum Tod von mehr als 100.000 Menschen und zu einer oft als ‚Urbizid‘ bezeichneten Verwüstung der Städte, z.B. durch die Belagerung Sarajevos (1992-1996) und den Beschuss Mostars (1992-1994).

Erst nach 4 Kriegsjahren beendete das Eingreifen von Luftstreitkräften der Nato den Krieg. Der territoriale Flickenteppich, den die Praxis des ethnic cleansing geschaffen hatte, wurde in den Daytoner Friedensverhandlungen

festgeschrieben (vgl. die Argumentation von Redepenning 2001). Die politische Fragmentierung führte zu einer faktischen Zweiteilung des Landes in die serbische Teilrepublik und die Föderation Bosnien Herzegowinas, in der sich die kroatische und die bosniakische Kriegspartei wiederfanden (vgl. Abb. 1).

Die ‚Internationale Gemeinschaft‘, ein Zusammenschluss von Interventionsparteien und Geberländern, begleitete mit dem Peace Implementation Council und seinem ausführenden Organ, dem High Representative, die Neuordnung des Staates durch teils rigide Eingriffe (z.B. Erlass eigener Gesetze, Kündigung von Staatsbeamten). Die Befugnisse des High Representative spielten auch für die Wiedervereinigungsverhandlungen in der Stadt Mostar eine wichtige Rolle (vgl. Kasten 2), deren lokale Konflikte das Grundprinzip einer ethnonational angelegten territorial trap und das gesamtstaatliche Zerwürfnis nahezu brennglasartig im Kleinen widerspiegeln (hier vor allem zwischen der kroatischen und bosniakischen Fraktion).



Abb. 1: Entitäten und Kantone in Bosnien und Herzegowina

Auf der städtischen Ebene in Mostar spiegeln sich die tiefen Zerwürfnisse zwischen den ehemaligen Bürgerkriegsparteien bis in die Gegenwart hinein in immer neuen Formen von Blockadepolitiken, Konflikten und Gewalt wider.

Sie münden nicht nur in Streiks und Straßensperren (2009), sondern auch – z.B. im Kontext ethnonational aufgeladener Fußballspiele – in teils blutigen Straßenschlachten zwischen nationalistischen Hooligans und Sonderpolizeitruppen

(WM-Spiel Brasilien gegen Kroatien 2006, Lokalderbys 2008 und 2009, vgl. MOORE 2013) oder im Überfall kroatischer Nationalisten auf einen bosniakischen Bus im Frühjahr 2009, der im Zentrum von Mostar ausbrannte. Die ethnonational gerahmte Spaltung (vgl. GRANDITS 2007) ist jedoch nicht bloßer Wiederhall des vergangenen Krieges, sie wird auch zukünftig durch ein getrenntes Bildungssystem weiter fortgeschrieben, das bis heute die Narration von der ethnischen Differenz in die Identitätskonstruktionen der jungen Generationen hineinpflanzt. Ein weiteres politisch wie alltäglich bedeutsames Element der lokalen Trennung ist die Stadtverfassung, die unter Vermittlung des Hohen Repräsentanten Paddy Ashdown und seiner *Mostar Implementation Unit* 2005 geschaffen wurde (vgl. Kasten 2). Sie enthält ethnonational motivierte Elemente, die die Macht der entsprechenden Klientelparteien untermauern. Mit diesen lokalen Entwicklungstendenzen ist Mostar selbst im Kontext des bereits deutlich ethnonational organisierten Staates Bosnien-Herzegowina noch einmal ein extremer Fall. Dies liegt aus Sicht internationaler Beobachter nicht nur an der lokalen Bürgerkriegsgeschichte, sondern auch an der PR-mäßig zwar effektvollen, aber in der handwerklichen Umsetzung durchaus lückenhaften und unzureichenden lokalen Unterstützung durch die internationale Gemeinschaft:

„Es gibt einen wichtigen Grund warum es in Mostar, anders als beispielsweise in Brčko, nie so richtig lief mit der Überwindung des ethnonationalen Konfliktes – die zeitliche Begrenzung der Mandate. In Brčko gibt es seit fast 18 Jahren ein einziges Verbindungsbüro, das dort von den Amerikanern geleitet wird, und diesen schwierigen Prozess nun über viele Jahre erfolgreich begleitet hat. Die MIU war nur 6 Monate in Mostar und behauptet, sie habe die Stadt wieder vereinigt“ (Interview mit Alexander Rhotert, ehem. Mitarbeiter der Mostar Implementation Unit 2012).

Bosnien und Herzegowina Politische Interventionen und Entwicklungsangebote in Mostar

| Zeitraum | politische Intervention/Entwicklungsangebot |
|-----------|---|
| 1994–1996 | EU-Administration unter Hans Koschnik |
| seit 1995 | Mission der OSZE |
| seit 1996 | Außenstelle des OHR (Büro des Hohen Repräsentanten in Bosnien und Herzegowina) |
| 1998–2008 | diverse Projekte der Weltbank |
| seit 2003 | Aufbau der EU-geförderten Regionalen Entwicklungsagentur |
| 2004–2005 | MIU (Mostar Implementation Unit – Verhandlung der Wiedervereinigung einschließlich neuer Stadtverfassung) |
| 2006–2010 | CiM (GIZ-Langzeitexperten) – Aufbau der städtischen Wirtschaftsförderung |
| 2009–2010 | CiM – Engagement in der neoliberalen Verwaltungsreform |

Quelle: eigene Zusammenstellung

politische Intervention
 Entwicklungsangebot

Tab.: Politische Interventionen und Entwicklungsangebote in Mostar

2: Die Entwicklung Mostars in den ersten Jahren nach dem Bürgerkrieg

Mostar gehört mit Sarajevo zu den beiden im Krieg am stärksten zerstörten Städten. Die Zerstörungen betrafen vor Ort sowohl die Wohnungsstruktur als auch die industriellen Anlagen aus dem Bereich der Aluminiumindustrie sowie des Maschinen- und Flugzeugbaus. Vor diesem Hintergrund lässt sich die Entwicklung seit dem Ende des Kriegs in verschiedene Phasen gliedern. In einer ersten Phase unmittelbar nach dem Ende der Kampfhandlungen schlug die Stunde der internationalen Hilfe. Mostar stand im Fokus der Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit und die internationale Gemeinschaft beteiligte sich, wie in der gesamten Region, bereits an der Aushandlung des Waffenstillstandes für Mostar (1994). Daran schloss sich eine Phase an, in der nicht nur von 1994-1996 die EU die Administration Mostars komplett übernahm, sondern gleichzeitig auch der Hohe Repräsentant (high representative) der internationalen Gemeinschaft die höchste politische Kontrollinstanz auf gesamtstaatlicher Ebene bildete.

Für Mostar verbindet man mit dieser Phase nach der unmittelbaren Katastrophenhilfe insbesondere das Engagement von Hans Koschnik, in dessen Zeit als EU-Verwalter in Bosnien vor allem die Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung sowie der Aufbau einer Übergangsstadtverwaltung und einer Polizeistruktur in den Jahren 1994 bis 1997 zählt. In diese Phase fällt auch eine zwar verzögert anlaufende, aber letztlich in weiten Teilen durchaus als erfolgreich zu bezeichnende Verfolgung von Kriegsverbrechern, von denen viele bereits im Umfeld der sich etablierenden Schattenökonomien Fuß gefasst hatten.

Ökonomisch gesehen konnte nur der lokale Großbetrieb Aluminium-Mostar einen Neustart aus eigener Kraft vollziehen, nicht zuletzt unter Verwendung der sehr kostengünstigen lokal produzierten Hydroenergie. Er bildet heute mit 850 Beschäftigten den wichtigsten Arbeitgeber der Region. In den meisten anderen ökonomischen und administrativen Bereichen war Mostar auf internationale Hilfe angewiesen (FEIGS 2011). Auch wenn diese in den Jahren sicher viel erreicht hat, und auch wenn die Einweihung der bereits 2004 wieder aufgebauten historischen Brücke mit so versöhnungsseligem wie publikumswirksamen Schlagzeilen („Brücke der Hoffnung“) einherging (z.B. auf der damaligen Homepage des BMZ), so konnten die internationalen Eingriffe und Hilfen doch nicht verhindern, dass sich auf Grundlage der tiefen ethnisch-sozialen Zerwürfnisse und der im Krieg zerstörten Ökonomie eine Reihe folgenschwerer Tendenzen zu verfestigen begann. Dazu gehört zunächst die Umwandlung der informellen Kriegsökonomien in eine lebendige und machtvolle Schattenwirtschaft. Insbesondere in den ersten Jahren nach den Auseinandersetzungen konnten diese noch aus dem Krieg stammenden, teilweise mafiösen Netzwerke ihre Aktivitäten im Bereich des Drogen- und Waffenhandels weiter ausbauen. Der seinerzeit florierende Schwarzmarkt fügte der Schattenwirtschaft zusätzliche Betätigungsfelder hinzu. Aber auch im formellen Segment kam die ‚Wiedervereinigung‘ der gespaltenen Zivilgesellschaft vor Ort kaum voran. Bereits die ersten, aus Sicht internationaler Beobachter viel zu früh angesetzten Wahlen auf Föderationsebene machten

1996 deutlich, dass sich das Parteiensystem fast komplett entlang der vorhandenen ethnisch-nationalen Verwerfungslinien reorganisiert hatte. Auch Mostar war vor diesem Hintergrund eine politisch-ethnisch geteilte Stadt. Bezogen auf die Transformation von der Kriegs- zur Nachkriegsgesellschaft sollten all diese Entwicklungen für den jungen Staat insgesamt, aber besonders auch für Mostar fatale Folgen haben. An der Jahrtausendwende stand schließlich die Gefahr einer Reeskalation auch den internationalen Akteuren so deutlich vor Augen, dass das OHR intervenierte und von außen begann, die Wiedervereinigung der bis dahin faktisch geteilten Stadt aktiv und von außen gesteuert voran zu treiben. Die Vorbereitungen lagen in der Hand der Winterstein-Kommission. Ihre Empfehlungen bildeten die Grundlage für die praktische Umsetzung durch die Mostar Implementation Unit (MIU) in den Jahren 2004 und 2005. Dabei hatte die MIU als durchführende Instanz die Aufgabe, die Stadtstrukturen vor allem auf der politisch-administrativen Ebene wieder zu vereinigen. Sie schuf eine zumindest formal ‚vereinigte‘ Stadt, deren politische Organisation in Form eines Stadtparlaments und deren administrative Organisation in Form einer modernen städtischen Verwaltung Vorbildern aus der Europäischen Union nachempfunden war. Doch so sehr die Organigramme danach eine gewisse Normalisierung widerspiegeln mochten, so diktierte doch von Anfang an auch der ethnische Nationalismus der lokal-regionalen Fraktionen die Regeln der Wiedervereinigung.

Unter solchen Rahmenbedingungen scheint es nicht verwunderlich, dass die lokale Konfliktlage auch konkrete endogene städtische Entwicklungsimpulse

und die dazu notwendigen Reformen und stadtpolitischen Entscheidungen fast völlig blockiert. Auch die ethnonational proportionierte städtische Verwaltung ist bis

heute durch eine weitreichende Agonie gekennzeichnet, die städtische Planungen und Entwicklungen eher verhindert als befördert, selbst in solchen Fällen, wo

sie als dringend notwendig erachtet werden. Solche Formen aktiver Verhinderung können in Krisenphasen bis zur völligen politischen Handlungsunfähigkeit führen – wie beispielsweise zwischen Oktober 2008 und Januar 2010, als die Neuwahl eines Bürgermeisters im Stadtrat misslang und das politische Patt die gesamte Verwaltung samt Budgetauszahlung lahm legte.

Der Ikarusflug der EU-Entwicklungsagenturen in Mostar

Um angesichts dieses Vakuums politisch-administrativer Institutionen überhaupt vorankommen zu können, versuchte ein Geflecht wirtschaftsbezogener Förderinstitutionen westeuropäischer Geberländer seit Mitte der 2000er Jahre, den zunächst guten Erfahrungen aus der westlichen Katastrophenhilfe der 1990er Jahre folgend, ‚von außen‘ Entwicklungsimpulse im Bereich von öffentlicher Verwaltung und Wirtschaftsförderung zu induzieren. Diese Maßnahmen und Strategien folgten im Sinne ihrer Ideen- und Geldgeber zu einem großen Teil den dort gerade angesagten, governance-orientierten und neoliberal informierten Logiken und Instrumenten der Stadt- und Regionalentwicklung. Auf diese Weise wurden in Mostar die völlig anders gelagerten Praktiken der vormals sozialistischen Gesellschaftsform mitsamt der in diese mittlerweile eingeschriebenen informellen und semiformalen Formen von Kriegs- und Nachkriegswirtschaft (vgl. PUGH 2004) mit den Planungs- und Marktlogiken der sich globalisierenden Weltwirtschaft konfrontiert.

Diese Reibungsfläche ist für eine Beobachtung aus Sicht der Politischen Geographie spannend, denn hier lassen sich Brüche und Widersprüche in den aufeinander treffenden diskursiven Rationalitäten (z.B. Normen, Wertvorstellungen, Entwicklungsleitbilder), den eingesetzten Technologien des Regierens (im Sinne von Foucaults Gouvernementalitätsansätzen, vgl. im Überblick REUBER 2012, 205ff.) sowie den praktischen Auswirkungen auf (mögliche) gesellschaftliche Entwicklungsimpulse beobachten. Kon-

kret trifft in Mostar im Streit um die Verteilung städtischer Ressourcen – etwas zugespitzt formuliert – die lang eingeübte klientelistische Verteilungspraxis von Ressourcen auf die Wettbewerbslogik der stärker investitionsorientierten (Wirtschafts-)förderpraxis der aus westeuropäischen ‚Geberländern‘ importierten Entwicklungsagenturen. Diese Aspekte wurden als Teil eines von der DFG geförderten Forschungsprojektes empirisch untersucht und sollen nachfolgend genauer ausgelotet werden. Im Detail wurde dazu am Beispiel von drei ausgewählten Entwicklungsagenturen und ihren (teilweise miteinander vernetzten) stadtregionalen Projekten analysiert, zu welchen unterschiedlichen Bewertungen, Handlungen, Praktiken und Resultaten ausgewählte Entwicklungsinitiativen führen. Damit lässt sich am Beispiel Mostar auch der Frage nachgehen, welche Möglichkeiten und Grenzen westlich-eurozentrische Impulse haben, wenn sie mit ihren ‚eigenen‘ Projektansätzen in einen ‚fremden‘ Kontext hinein exportiert werden, der mit ‚anderen‘ Rationalitäten und Praktiken operiert.

Um diese Aspekte empirisch in den Blick zu bekommen, wurden vor Ort in Mostar im Rahmen einer mehrjährig angelegten teilnehmenden Begleitforschung drei Entwicklungsinitiativen mit spezifischen Zielen analysiert. Bereits in ihrer Organisationsform und in ihren Instrumenten verkörpern diese mit Unterstützung der EU bzw. einzelner Länder aktiv werdenden Projekte die normativen Orientierungen und derzeitigen Rationalitäten westeuropäischer Formen postkonfliktiver Entwicklungsintervention. Alle drei verstehen sich als Agenturen oder Interessensverbände, die von ihrem Agenda-Setting her versuchen, ökonomische Prozesse und/oder Wirtschaftspolitik voranzutreiben. Dahinterliegend sind sie aber auch an einer generellen Förderung von wirtschaftsorientiertem Institutionen- und Verwaltungsaufbau interessiert. Das BSC (*Business Service Centre*) wurde 2004 als eine Form der kommunalen Wirtschaftsförderung auf Initiative des Centrums für internationale

Migration und Entwicklung (*CiM*, heute Teil der GIZ – Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit) gegründet. Formal wurde es in Mostar als Abteilung der Stadtverwaltung implementiert, es weist damit anders als viele seiner europäischen Vorbilder keine autonome Organisationsstruktur auf (z.B. als GmbH oder ähnliches). Damit ist es den verwaltungsinternen Machtkämpfen und Veränderungsdynamiken in stärkerer Weise ausgeliefert. *Redah* (*Regional development association for the Hercegovina*) wurde 2003 ebenso wie die übrigen Regionalentwicklungsgesellschaften in Bosnien und Herzegowina auf Initiative der Europäischen Union gegründet. Formelle Gründer der Agenturen sind die Bürgermeister der herzegowinischen Mitgliedsgemeinden, der größte Teil der Finanzierungen läuft jedoch über die Akquise und Abwicklung von EU-Projekten. Ziele sind insbesondere Unterstützungsmaßnahmen und *capacity-building* im Bereich der *small and medium enterprises* (*SME*). Aufgrund der politischen Steuerung durch die im *management board* vertretenen Gemeindevertreter ist die Leitung der Regionalentwicklungsagenturen politisch an die Interessen der jeweils dominierenden Parteien gebunden. Den ausschlaggebenden Einfluss auf die Entwicklungspraxis haben allerdings die verfügbaren EU-Projekte, da der institutionelle Selbsterhalt an die erfolgreiche Umsetzung gekoppelt ist. *LiNK* (*Association for entrepreneurship and job*) wurde 2003 als Projektplattform und nicht-staatliche Unternehmervertretung etabliert. Ihr Betätigungsfeld lag ursprünglich vor allem in der Umsetzung von EU-Projekten in Kooperation mit italienischen Partner-NGOs. *LiNKs* zentrales Instrument ist die Vergabe von subventionierten Mikrokrediten, die mit 6-7 % Kreditzins deutlich unter der ortsüblichen Rate von 20 % der kommerziellen Anbieter liegen, an Klein- und Kleinstunternehmen. Seit 2008 etablierte sich *LiNK* unter Leitung von Tomislav Majić zunehmend durch ein stärker strategisch ausgerichtetes Lobbying. Durch das Engagement für die Wiedereinrichtung eines *business incuba-*

tor mit angegliederter Industriezone stärkte *LiNK* seine Position als Vertreter unternehmerischer Interessen.

In Mostar kooperierten *BSC*, *LiNK* und *Redah* intensiv bei der Anbahnung verschiedener Entwicklungsprojekte. Drei davon sollen im Folgenden exemplarisch angesprochen werden, weil sie als die zentralen Bausteine einer privatisierungs-, standortförderungs- und wettbewerbsorientierten Politik galten. Dementsprechend werden an ihnen die westlich-neoliberalen Formen einer ermöglichenden, marktwirtschaftlich orientierten Entwicklung am besten sichtbar. Es handelt sich um:

- Die beabsichtigte Erstellung einer Entwicklungsstrategie als Anker für die Einführung von Standortpolitik und

Stadtmarketing in die Verwaltung und in den politischen Betrieb.

- Den beabsichtigten Aufbau eines *business incubator* als infrastrukturelle Plattform für innovative StartUps.
- Die beabsichtigte Modernisierung des Flughafens (im städtischen Besitz) im Rahmen eines privaten Betreibermodells.

Mit einer solchen Schwerpunkt-Agenda arbeiteten die Institutionen in Anlehnung an Maßgaben internationaler und supranationaler Organisationen wie OSCE, UN und der Europäischen Kommission. Deren Interventions-Schwerpunkt hatte sich in Bosnien und Herzegowina aufgrund der Erfahrungen mit dem schwierigen politischen Demokratisierungsprozess ebenfalls in Richtung einer Wachstums-

förderpolitik verschoben. Erfahrungen aus anderen Gemeinden in Bosnien und Herzegowina ließen auch für die Stadt Mostar erwarten, dass zumindest Kernelemente einer Standortförder- und Marketingpolitik in einer Interessenskoalition lokaler Parteiklientele mit internationalen Gebern durchsetzbar gewesen wären.

Bei allen drei Strategien sah die Anfangsentwicklung tatsächlich recht optimistisch aus. Die Akteure aus dem entwicklungspolitischen Kontext konnten in einer aus ihrer Sicht ‚governance-orientierten‘ Vorgehensweise formell und informell mit einer Vielzahl von Personen und Institutionen Beziehungen aufbauen und die intendierten Entwicklungen ‚anschieben‘ (Abb. 2). Die empirischen Re-

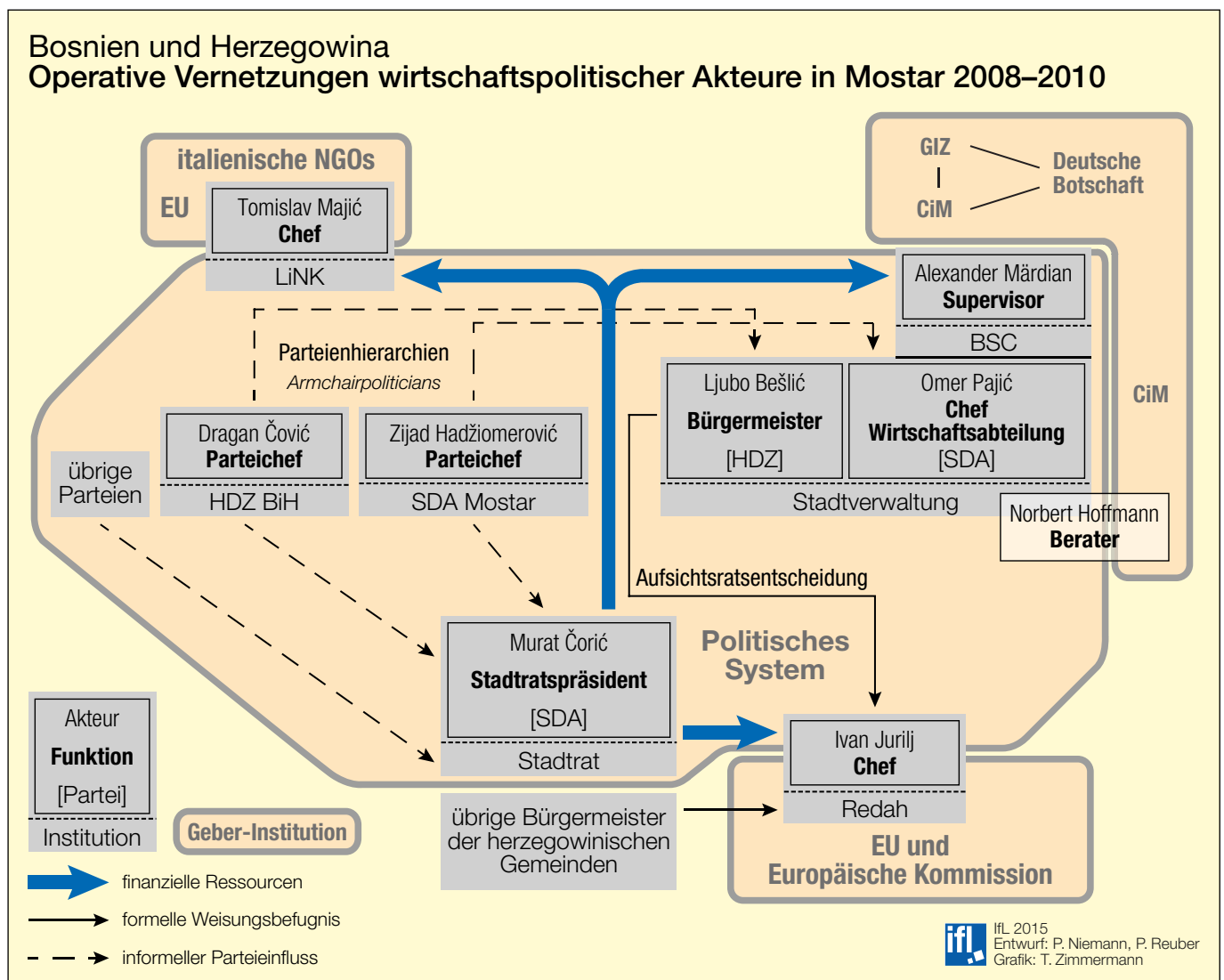


Abb. 2: Operative Vernetzungen wirtschaftspolitischer Akteure in Mostar 2008–2010

konstruktionen zeigen, dass in der Phase von 2007 bis 2009 insbesondere das *BSC* eine Schlüsselrolle in Bezug auf die Vernetzung lokaler entwicklungspolitischer Player spielte. Es wurde zu einem Scharnier zwischen Organisationen, Unternehmen und Verwaltung. So sah auch die erklärte Agenda von Alexander Märdian, dem damaligen Supervisor des *BSC* vor, zwischen den Institutionen *BSC*, *Redah* und *LiNK* ein tragfähiges Netzwerk zur Vertretung gemeinsamer Interessen aufzubauen, welches die Erfordernisse dieser drei entwicklungspolitischen Prozesse in die Stadtverwaltung transportieren sollte. Eine Mischung aus der Adaption von Parteiinteressen (durch Kommunikation wirtschaftlicher Erfolge), der Reformierung des Verwaltungsapparates und ggf. diplomatischem Druck (durch die deutsche Botschaft) sollte die lokale politische Kooperationsbereitschaft seitens der Klientelparteien fördern. Im Sinne des aus der europäischen Planung übernommenen Prinzips ‚fördern und fordern‘ stand dabei zunächst die Prämisse ‚Nutzt du mir (im Vorantreiben der Prozesse), dann nutze ich dir (in der Vermarktung der Prozesse als Erfolg im Kontext der anstehenden Wahlen)‘ im Vordergrund. Bei allen Prozessen arbeiteten der Supervisor des *BSC* und der ebenfalls von der deutschen Entwicklungszusammenarbeit finanzierte *CIM*-Verwaltungsreformbeauftragte in der Stadtverwaltung Mostar in strategischen Fragen eng zusammen. Dagegen ließen die teils parteipolitischen Involvierungsmuster von Akteuren aus der regionalen Entwicklungsagentur (*Redah*) eine breitere und offenere strategische Kommunikation im Netzwerk nur begrenzt zu; „Ich kommentiere keine politischen Angelegenheiten“ (Interview Mitarbeiter von *Redah* 2012) war eine damals durchaus nicht seltene Grundeinstellung. Zugleich wurden Formen eines kooperativen Lobbying des *BSC* gemeinsam mit *LiNK* mit Blick auf den geplanten *business incubator* intensiviert. Die Netzwerkarbeit zwischen den drei Institutionen fußte – wann immer möglich – also auf einem pragmatischen, interessengeleiteten Konsens, der ein

Bündel aus Projekten umfasste. Gleichzeitig sollte eine wechselseitige Abstimmung ihrer Arbeitsfelder eine Überschneidung der Aktivitäten verhindern (Abb. 3).

„Wir haben als Wirtschaftsförderung der Stadt Mostar keinen Schwerpunkt im Bereich der SME-Förderung. Wir würden damit letztlich *LiNK*, einer darin spezialisierten, gut funktionierenden Partnerorganisation, Konkurrenz machen“ (Interview A. Märdian, Supervisor des *BSC* 2010).

Nach einer Phase anfänglichen Optimismus und verstärkter Bemühungen drehte sich der Wind vor Ort dann aber deutlich und langfristig. Die empirisch rekonstruierten Verläufe zeigen in dieser

zweiten Phase vor allem, in welcher vielfältiger Weise die an neoliberalen Modellen orientierten Logiken und Praktiken der drei Entwicklungsagenturen im Falle der spezifischen gesellschaftlich-politischen Rahmenbedingungen in Mostar scheiterten, weil sie mit den machtvollen ‚anderen‘ Rationalitäten und Handlungsweisen vor Ort konfrontiert wurden. Im vorliegenden Beitrag geht es weniger darum, die Komplexität dieser Entwicklungen im Detail nachzuzeichnen. Vielmehr sollen hier die für die Kernargumentation wesentlichen Aspekte der Rekonstruktion in einer verdichteten, didaktisch etwas zugeschräkten Form aufscheinen.

Ganz generell zeigten sich bei allen drei Prozessen bereits Anfang 2008 erste Wi-

Bosnien und Herzegowina Aufgaben und Ressourcen der Entwicklungsorganisationen in Mostar

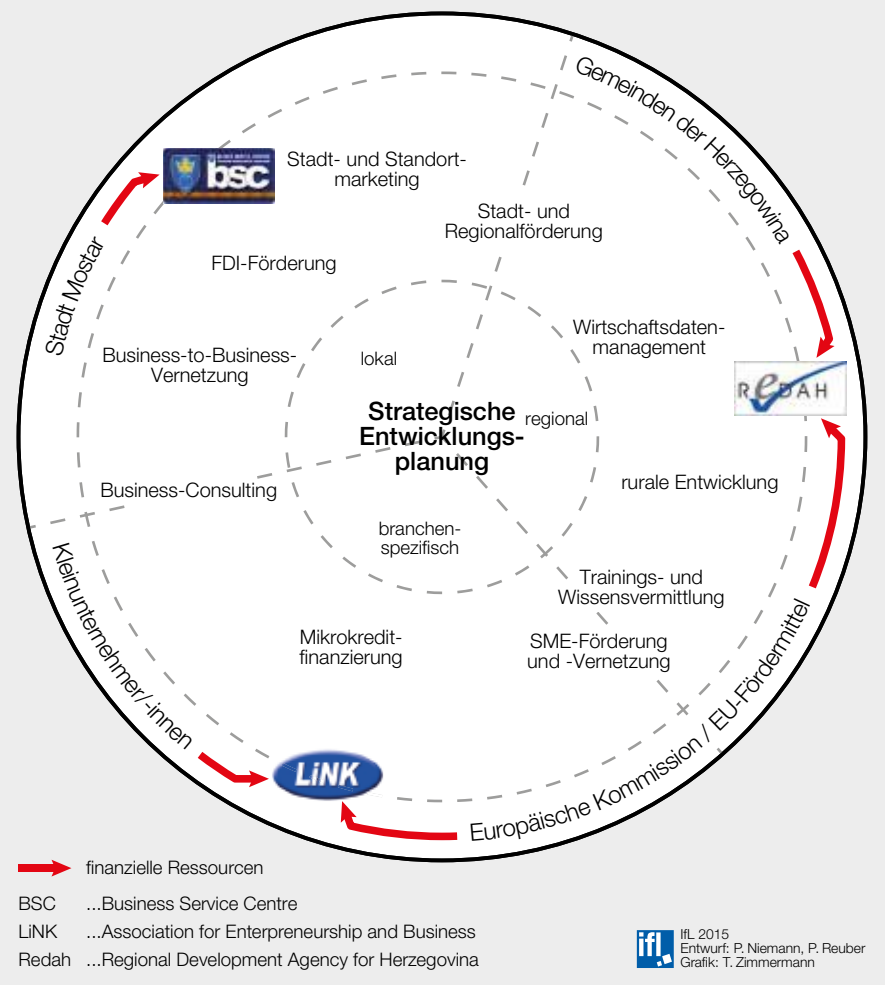


Abb. 3: Aufgaben und Ressourcen der Entwicklungsorganisationen in Mostar

derstände. Die Kooperationsbereitschaft der Stadtverwaltung, in die das *BSC* als städtische Wirtschaftsförderung eingliedert ist, war schon zu dieser Zeit stark limitiert. Eine Reihe von Hinweisen aus dem politischen Spektrum der bosniakisch-nationalistischen Partei SDA deutete auf eine bewusste Blockadehaltung seitens des Bürgermeisterbüros hin. Andere Interviewaussagen weisen auf wahlkampfbedingte Begründungslogiken hin: „Ich denke nicht, dass es eine bewusste Blockade der Verwaltung ist, aber wie immer vor den Wahlen sind solche Budgetentscheidungen schwierig und das Geld wird dann für Bauaufträge und Soziales ausgegeben“ (Interview mit einer Mitarbeiterin des BSC, 2012). Die konkreten Widerständigkeiten, die sich daraus ergaben, zeigten sich bei den drei untersuchten Entwicklungsprojekten in jeweils leicht unterschiedlicher Variation, wie die nachfolgenden Rekonstruktionen deutlich machen.

Aufbau einer ökonomisch-planerischen Entwicklungsstrategie für Mostar

Die ‚Entwicklungsstrategie für Mostar‘ sollte die Bereitstellung von Ressourcen für Projekte und Institutionen einfordern und wirtschaftspolitische Projekte im Tourismus, der metallverarbeitenden Industrie und anderen Wirtschaftssektoren priorisieren und koordinieren. Dabei sollten nach den Vorstellungen der drei Entwicklungsagenturen deren eigene Interessen einbezogen und in der Agenda der Stadt verankert werden. Diese Ziele verkehrten sich jedoch beim konkreten Versuch ihrer Umsetzung nahezu ins Gegenteil. Die Analyse des Verlaufs zeigt, dass diese Maßnahme im Nachhinein eher als Teil einer ‚Entwicklungs-Verhinderungsstrategie‘ bezeichnet werden kann, weil ihre Impulse immer wieder in vielfältigen großen und kleinen Schritten von Entscheidungen des Stadtrats und des Bürgermeisters ausgebremst und bis heute verhindert worden sind.

Nach den am Anfang des Prozesses bereits endlos langen Debatten im Stadtrat über die Frage, welche Institution/

Consulting denn die stadtreionale Entwicklungsstrategie erarbeiten und damit von den bereitgestellten Mitteln profitieren sollte, wurde letztlich für ein Ausschreibungsverfahren optiert. Die operative Vorbereitung lag beim *BSC*, das Vorhaben wurde jedoch – unter anderem wegen der Blockade der Bürgermeisterwahl durch die politischen Parteien im Stadtrat im Oktober 2008 – wirkungsvoll verzögert, sodass es bis heute nicht zu einer Ausschreibung gekommen ist und die Strategie damit gewissermaßen noch im ‚Vor-Planungsstadium‘ stecken geblieben ist. Ebenso wenig wurde das anvisierte Projektvolumen von damals 130.000 ‚Konvertiblen Mark‘ in die städtischen Budgetvorschläge übernommen.

Bis heute ist daher die (gescheiterte) Entwicklungsstrategie ein Paradebeispiel für die Verhinderungs- und Blockadestrategie der traditionellen Kräfte in Stadtrat und Verwaltung gegen internationale, aus der Richtung der EU induzierte governance-orientierte Interventionen. Die Entwicklungsstrategie steht zwar offiziell nach wie vor auf der wirtschaftspolitischen Agenda der Stadt, der Prozess hat aber zwischen Frühjahr 2008 und Mai 2013 keinerlei substanziellen Fortschritte mehr gemacht. Mitarbeiterinnen des *BSC* sind nach wie vor in die Arbeitsgruppe eingebunden, das *BSC* spielt aber in der wirtschaftspolitischen Ausrichtung der Stadt keine strategische Rolle mehr: „Es ist unfassbar, das Einzige, worüber in Bezug auf das *BSC* noch gesprochen wird, sind Gerüchte über die zukünftige Verwendung seiner Büroräume. Unsere Aufgaben in Stadtmarketing und Unternehmensförderung sind der Verwaltung anscheinend egal“ (Interview Mitarbeiterin des BSC, 2012). Auch Initiativen zur Wiederbelebung der Entwicklungsstrategie seitens des UNDP (United Nations Development Programme) konnten immer wieder wegen fehlender Beschlüsse über einen städtischen Budgetanteil torpediert werden. Der Bürgermeister von Mostar gab im Interview zu verstehen, dass das Projekt aktuell keine Priorität seitens des Bürgermeisterbüros genießt.

Privatisierung des Internationalen Flughafens Mostar

Die Privatisierung des Flughafens sollte von der Grundidee her die ‚harten‘ Standortfaktoren Mostars auf der Infrastrukturseite verbessern und zugleich eine Leuchtturmwirkung entfalten, da es sich um die erste Flughafenprivatisierung im Rahmen eines Betreibermodelles in Südosteuropa gehandelt hätte. Das *BSC* investierte über mehrere Wochen hinweg einen Großteil seiner Ressourcen in den Versuch, investitionsbereite Interessenten für ein privates Betreibermodell zu finden. Bei der konkreten Umsetzung des Vorhabens zeigten sich in der empirischen Rekonstruktion der Vorgänge in der frühen Phase die deutlichsten Widerstände. Dem ersten der vom *BSC* angeworbenen Interessenten, einer arabischen Fluggesellschaft, wurden während einer Investorenreise seitens des Flughafen-Managements zentrale Dokumentationen zum technischen Zustand vorenthalten. Hier offenbart sich eine Strategie, die ganz offensichtlich eine im Falle der Privatisierung lokal befürchtete Entmachtung des bis dato amtierenden, den ethnonationalistischen Klientelparteien HDZ und SDA nahestehenden Flughafenmanagements verhindern sollte. Auch die zähen Verhandlungen, die beim zweiten Versuch – in diesem Falle mit dem prominenten Betreiber des Frankfurter Flughafens *FRAPORT* – geführt wurden, scheiterten schließlich an denselben klientelistischen Interessen und Verzögerungsstrategien, obwohl die Initiative mit vehementem Engagement der sog. ‚Hessen-Agentur‘ unter der Schirmherrschaft des damaligen Hohen Repräsentanten Christoph Schwarz Schilling angestoßen wurden. Die Reihe solcher Initiativen ließe sich weiter fortführen, die jüngste (2012) erfolgte im Rahmen einer durch die TU Wien initiierten Sicherheitsstudie. Ein Interview mit einem Mitarbeiter des Flughafens machte zusätzlich deutlich, dass als weiteres Hemmnis aus dem Bereich der lokal-regionalen Verflechtungen protektionistisch motivierte Absprachen lokaler Logistikanbieter die angesprochenen Modernisierungs- und Privatisie-

rungsinitiativen erschwert haben: „*Es hat in der Vergangenheit ein Interesse der Reisebusgesellschaften und der Flughäfen in Split und Dubrovnik gegeben, den Flughafen in Mostar nicht wiederzubeleben. Aber diese Lobby ist in den letzten Jahren schwächer geworden*“ (Interview mit einem Mitarbeiter des Flughafenmanagements 2013).

Die Modernisierung des Flughafens lag im Prinzip so lange auf Eis, bis die lokalen Protagonisten angemessen eingebunden wurden: Erst als die EU 2012 eine dreistellige Millionensumme zur Renovierung des Flughafens in Aussicht stellte, ohne – wie das in den Vorschlägen der Entwicklungsagenturen stets der Fall war – auch einen Eigenanteil der Stadt Mostar zu fordern und ohne einen personell sensiblen Wechsel im Flughafenmanagement zur Bedingung zu machen, kam Bewegung in die lokale Blockade. Erst eine Konstellation, die massiv Geld ‚von außen‘ einbrachte und gleichzeitig die vorhandenen Klientelinteressen nicht antastete, brachte zeitgleich mit einem gewissen Abflauen der Lobbypolitik aus Split und Dubrovnik den erforderlichen Modernisierungsimpuls. Wo also die an entsprechende Vorbedingungen gekoppelte Hilfe des BSC seinerzeit an den klientelistischen Interessen und Interventionen auf vielen Ebenen (lokal, regional und international) scheiterte, folgte die in dieser Hinsicht unkonditionierte, subventionierende Politik der EU den Beteiligungslogiken dieses ‚transnationalen Klientelismus‘. Seit der Wiedereröffnung 1998 investiert sie dort und auch für die Zukunft gilt: „EU continues to support Mostar International Airport“ (DEU-BaH 2014).

Aufbau eines business incubator in einem Gewerbegebiet in Mostar

Der *business incubator* (mit angegliederter Industriezone) lässt sich aus Sicht der Fallrekonstruktion in der Startphase als Teil einer nachholenden Agenda identifizieren. Die Stadtverwaltung hatte es 2007 versäumt, dem existierenden *business incubator* einen Ausweichort für die seinerzeit gekündigten Büroräume anzu-

bieten. Im Interview kommentierte der Supervisor des BSC das spezifische Unvermögen der Stadt, aktive Wirtschaftspolitik zu machen, wie folgt: „*Es ist eigentlich kaum zu glauben. Überall im Land machen Gemeinden Business-Incubators auf, und hier in Mostar machen die ihren zu ...*“ (Interview mit A. Märdian, Supervisor des BSC 2009). Um den möglichen Reputationsverlust für die Stadt als Standort zu begrenzen, sollte, nun unter Federführung von LiNK und BSC, unter Hochdruck eine neue Fläche gefunden werden. Doch auch hier zeigte sich – ähnlich wie bei der Entwicklungsstrategie – dann sehr bald wieder das Muster von Verschleppung, Blockade und Verhinderung seitens der lokalen Politik und Administration. Phasenweise (2008/2009) wurde das Projekt aufgrund gegenläufiger lokaler unternehmerischer Interessen (hier: Vertreter der Baulobby mit guten Verbindungen zum Stadtrat, die die anvisierte Fläche anderweitig in Wert setzen wollten) an dem seinerzeit vorgesehenen Gelände im Stadtrat verhindert. Am Ende waren trotz mehrjährigem intensivem Lobbying durch den Vorsitzenden von LiNK bisher nur kleine und kleinste Schritte in Richtung Verwirklichung zu beobachten. Mittlerweile (seit 2012) hat die Stadtverwaltung LiNK eine Fläche samt kriegsbeschädigter Gebäude zur Verfügung gestellt. Mittel für die Modernisierung wurden in geringem Umfang zugesagt, reichen jedoch nicht für den Wiederaufbau aus und wurden zunächst nicht ausgezahlt. Dieser Fall zeigt deutlich, dass selbst bei Initiativen aus dem Bereich der Entwicklungsagenturen, die nicht grundsätzlich den Interessen der Parteienklientele gegenüberstehen, aufgrund der Blockade formeller Prozesse kaum Fortschritte möglich sind. Sehr viel erfolgreicher als die Vorstöße der Entwicklungsagenturen waren dementsprechend auch Projekte, in denen die ethno-politisch ausgerichteten Parteiklientele keine Rolle spielten und die rein privatwirtschaftlich organisiert waren und gleichzeitig mit ‚kurzen, informellen Wegen‘ zu den lokalen Protagonisten auf den Weg gebracht werden konnten. So

wurde beispielsweise in der Zwischenzeit das *business incubator*-Projekt von LiNK von einem ähnlich gelagerten Vorhaben des privaten Unternehmens *Alphaterm* überholt, das im Alleingang den Aufbau eines technologischen Kompetenzzentrums auf Basis privater Finanzierung vorantreibt und erfolgreich qualifiziertes Personal von LiNK abwerben konnte.

Gemeinsam weisen die empirischen Rekonstruktionen aller drei Fallbeispiele aus Sicht der Entwicklungsagenturen in eine wenig ermutigende Richtung (Abb. 4). Hinzu kommt, dass die politische Blockade insbesondere wirtschaftspolitische Akteure (wie LiNK und Redah) häufig zu einer opportunistischen Vorgehensweise zwingt, um – wenn handfeste Ergebnisse im Sinne der eigenen Agenturen nicht erreicht werden konnten – zumindest den jeweiligen institutionellen Selbsterhalt zu ermöglichen. Damit war ein festes Agenda Setting für diese Akteure nur selten möglich. Die Suche nach Handlungsoptionen wurde im Verlauf der politischen Krise zunächst von einer Art verzweifelter Aktivismus gekennzeichnet, ehe sich eine gewisse Lethargie bezüglich von Projekten unter Einbeziehung der lokalen Entscheider ausbreitete. Die Entwicklungsagenturen zogen sich wo möglich auf klassische Entwicklungsprojekt-Logiken zurück, wo mehr oder weniger die gesamte Finanzierung von außen kam (durch EU und bilaterale Partner) und zumindest in diesem begrenzten Kontext eine kalkulierbare Arbeit möglich wurde. Entsprechend gering waren auch die Netzwerk-Erfolge der Agenturen. Vernetzungen mit für die ökonomische Entwicklung relevanten Akteuren fanden zwar punktuell und situativ auf einzelne Projekte bezogen statt (z.B. beim *Mostar Business Forum* oder bei den Vorarbeiten zur Entwicklungsstrategie), sie führten aber weder zu eigenen Verfahren noch zu semiformalen Institutionalisierungen wie Runden Tischen oder regelmäßigen Koordinationstreffen. Dagegen waren die Machteffekte und Binnen-Verknüpfung innerhalb der etablierten Netzwerke der lokalen Akteurskonstellationen trotz der ethno-nationalen

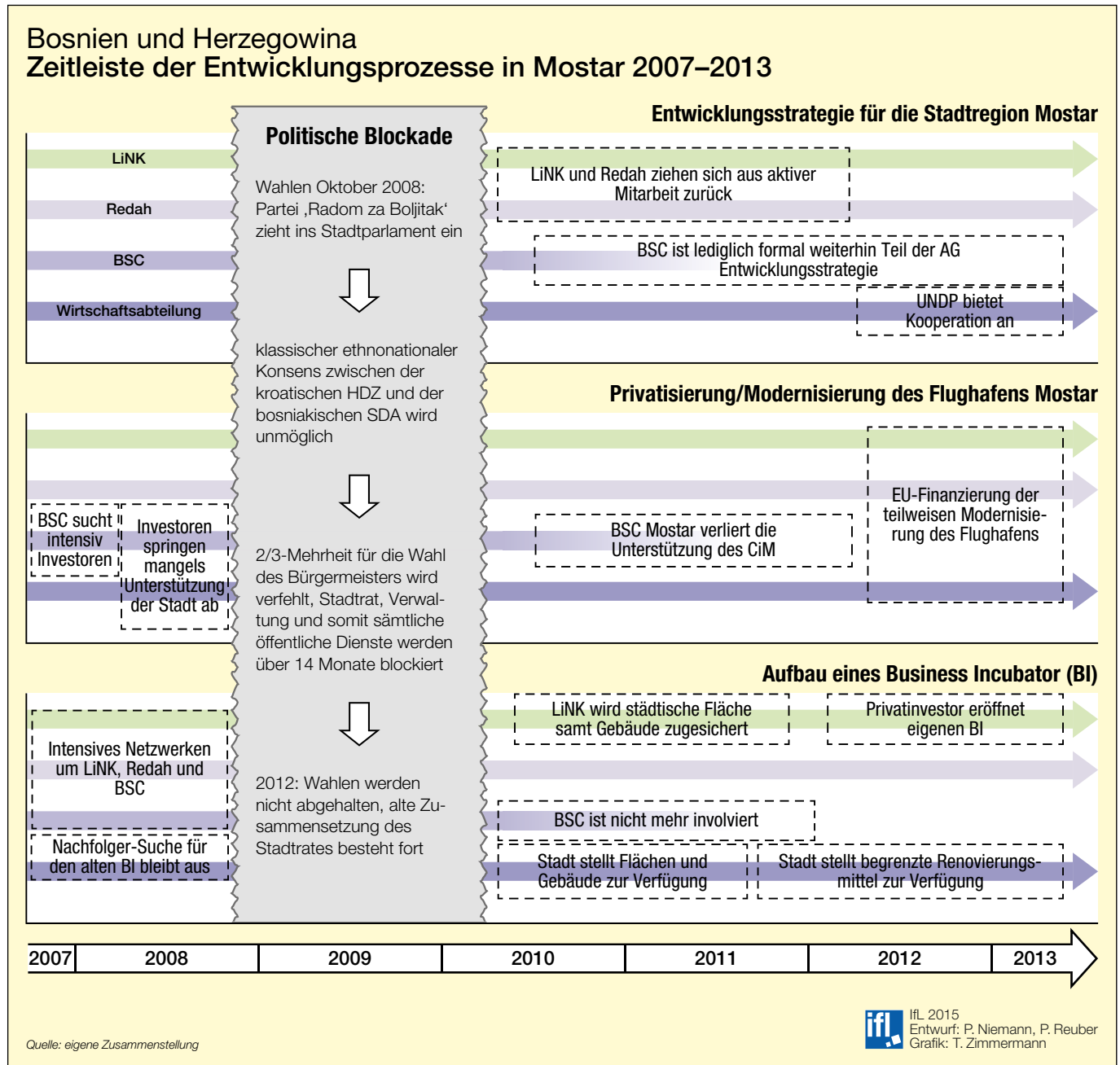


Abb. 4: Zeitleiste der Entwicklungsprozesse in Mostar 2007-2013

Fragmentierungen erheblich persistenter und letztlich durchsetzungskräftiger.

Am stärksten traf diese Gesamtentwicklung das von deutscher Seite aus initiierte und mit vielen Hoffnungen ins Feld geschickte BSC als Schnittstelle zwischen Verwaltung und Stadtentwicklung. Es verlor nach dem weitgehenden Scheitern seiner Initiativen schließlich auch den Rückhalt der finanzierenden GIZ-Tochter CiM und versank mit dem Rückzug der leitenden Fachkräfte im Juni 2011 in der wirtschaftspolitischen Bedeutungslosigkeit.

Die untersuchten Fallbeispiele dokumentieren gemeinsam, dass die governance-orientierten wirtschaftspolitischen Player mit ihren aus dem Baukasten westlicher Entwicklungsstrategien entlehnten Mitteln langfristig keine institutionenübergreifenden Strukturen aufbauen konnten, um strategische Ziele in der Stadt- und Regionalentwicklung, der Unternehmensförderung und im Standortmarketing zu verfolgen. Die Agenden der Institutionen wurden stattdessen in eine situative und fallbezogene Struktur gedrängt und – zumindest teilweise –

neutralisiert, sowohl in ihrer Kooperation mit formellen politischen Strukturen, als auch in den Kooperationen mit Unternehmen. Nur 'unabhängige' Projekte mit externer (EU-)Finanzierung haben sich als tragfähig für den institutionellen Selbsterhalt erwiesen. Alle drei Prozesse lassen sich damit in gewisser Weise vor dem Hintergrund der ursprünglichen Ziele ihrer Institutionen als *bad practices* mit einem gemeinsamen Problemkanon charakterisieren und sie machen deutlich: Erfolge im Sinne westlich-europäischer Planungslogiken sind in Mostar unter den

Bedingungen politischer Blockaden und Widerstände der etablierten Netzwerke weitgehend ausgeblieben.

„Zwischen den Stühlen“ – Entwicklungsagenturen in Mostar im Spagat unterschiedlicher gesellschaftlicher Rationalitäten

Die Befunde aus den Fallstudien sind ein erster hilfreicher Ansatzpunkt, um zu verstehen, warum das *BSC* bzw. die anderen untersuchten Entwicklungsagenturen in Mostar so wenig erfolgreich waren. Jenseits der fallbezogen-spezifischen Probleme und Konfliktlinien wird dabei eines immer wieder klar: Unter den lokalen Bedingungen eines politisch-ethnonational polarisierten, blockierten lokalen Kontextes stoßen die formellen westlichen Projektimporte mit ihren Governance-Netzwerkinitiativen und ihren wettbewerbs- und leistungsorientierten Logiken gegen eine Wand anders formatierter gesellschaftlicher Rationalitäten und Machtnetzwerke. In Mostar formen die Loyalitäts- und abschottungsorientierten Logiken der entlang ethnischer Identitätskonstruktionen ausgerichteten Par-teiklientele diesen Widerstand.

Will man diesen zentralen Punkt noch etwas genauer ausleuchten, so ist es sinnvoll, genau die Brüche in den Blick der Analyse zu nehmen, die sich aus der ambivalenten und schwierigen ‚Platzierung‘ der drei untersuchten westeuropäischen Entwicklungsinitiativen zwischen diesen sich widersprechenden Rationalitäten ergeben. Eine solche Perspektive bietet auch Ausgangspunkte für ein konzeptionell tiefer gehendes Verständnis. Dieses wird durch den Einbezug von Teilaspekten aus Foucaults Gouvernementalitätsansätzen möglich, die den Blick des Betrachters explizit auf (unterschiedliche) Formen ‚des Regierens‘ richten. Dabei wird „das Wort ‚regieren‘ (govern) in einem viel weiteren Sinne verwendet, nämlich für jede Art von Handlung, die mehr oder weniger absichtlich den Zweck verfolgt, andere anzuleiten, zu führen oder zu kontrollieren“ (DEAN 2007, S. 92). Entsprechend beziehen sich Foucaults Analysen „auf die Rationalitäten

und Technologien einer Vielzahl von Instanzen und Behörden“ (ebd.; KRASMANN u. VOLKMER 2007; im Kontext der Humangeographie vgl. auch MATTISSEK 2008; FÜLLER u. MARQUARDT 2009, 2010).

Mit einer solchen analytischen Brille tritt der Spagat noch einmal deutlicher hervor, in den die untersuchten Entwicklungsagenturen vor Ort gedrängt werden. Sie alle müssen zunächst den normativen Leitlinien, Rationalitäten und Technologien der gerade angesagten Projektdesigns ihrer ‚Geberländer‘ folgen und sind an diese – zuweilen recht restriktiv – gebunden. So arbeiten *LiNK* und *Redah* häufig in einem zeitlich limitierten, projektbasierten Modus, in dem die Durchführung von Workshops und Informationsveranstaltungen zu einer eigenen Subtechnologie des Regierens der Europäischen Kommission geworden ist. Die aufgelegten Projekte orientieren sich am ‚goldenen Zügel der EU‘, d.h. hier an der Förderung von *small and medium enterprises (SME)*, einer wirtschaftspolitischen EU-Vorgabe, die davon ausgeht, dass *SME* den größten Beitrag zur Erschaffung von Arbeitsplätzen leisten und damit den radikalen Abbau von Arbeitsplätzen bei produzierenden Großunternehmen (u.a. bei Mittal Steel in Bosnien und Herzegowina) im Zuge der globalen Wirtschaftskrise kompensieren können.

Darüber hinaus müssen die Entwicklungsagenturen aber, um vor Ort überhaupt für die lokalen Rationalitäten und Technologien des Regierens anschlussfähig zu sein, an den spezifischen politisch-ökonomischen Bedingungen und Erwartungen in Verwaltung und Stadtrat ‚andocken‘. Dabei werden sie mit den lokalen Identitätsmustern, Institutionen, Machtstrukturen etc. konfrontiert, die sich von den hegemonialen Mustern in der EU und ihren ‚Geberländern‘ nicht selten deutlich unterscheiden. Eine gouvernementale Perspektive kann auf deren lokal-regional machtvollen Rolle und Einfluss hinweisen, da sie versteht, dass diese lokalen Rationalitäten in ihren regionalen gesellschaftlichen Kontexten, auf der Basis einer langen zeitlichen Ge-

nealogie eigenständige Technologien und Praktiken des Regierens herausgebildet haben. Daraus leitet sich eine Art alltäglich gelebter ‚Selbstverständlichkeit‘ ab, die ihnen Macht verleiht.

Der notwendige Spagat zwischen diesen beiden sehr unterschiedlichen und widersprüchlichen gesellschaftlichen Mustern bringt die analysierten Entwicklungsagenturen in eine Situation, in der sie durch die auftretenden Brüche beim Zusammentreffen der konkurrierenden Logiken, in die sie eingebunden sind, in vielen Fällen überfordert sind. Ihre Einfluss- und Handlungsmöglichkeiten vor Ort sind dadurch reduziert und ihre Projekte teilweise zum Scheitern verurteilt. Dies ist aber, wie ein Vergleich der drei untersuchten Entwicklungsagenturen deutlich macht, in unterschiedlichem Maße der Fall, und die Durchsetzungsfähigkeit der Agenturen erklärt sich gerade aus ihrer teilweise unterschiedlichen (organisatorischen) Platzierung zwischen den konkurrierenden Logiken und Praktiken, wie nachfolgend noch einmal zusammenfassend deutlich gemacht werden soll.

BSC – stadteigene Wirtschaftsförderung zwischen Marktradikalismus und Klientelismus

Der oben beschriebene Spagat tritt besonders stark in der Arbeit des ‚*Business Service Centre*‘ zu Tage. Diese anfangs sehr ‚erfolgsversprechende‘ und (dann später aber nahezu ergebnislos gescheiterte, s.o.) Institution spielte unter der Kuratel der bundesdeutschen Entwicklungszusammenarbeit bei der Definition und Umsetzung ihrer Aufgaben wie keine zweite der regional operierenden Entwicklungsagenturen auf der Klaviatur des neoliberalen Standortwettbewerbsdiskurses und des damit eng verknüpften Instruments des Stadtmarketings. Eine intensive Pressearbeit, die Förderung lokalen Mittelschichtunternehmertums durch Vermittlung von Kontakten, *Business Promotion* im Rahmen der Standortmesse *Mostar Business Fair* und die Kooperation mit Geldgebern und Initiativen aus dem Ausland sind exemplarische Bei-

spiele für die Anknüpfung an den neo-liberalen Stadtmarketingdiskurs. In die gleiche Richtung weisen Adaptionen wirtschaftspolitischer Moden wie der SME-Förderung und die Unterstützung des oben bereits genauer angesprochenen *business incubator*-Projektes von *LiNK*. Gerade die sehr kernigen, an westlich-neoliberalen Steuerungsmodellen orientierten Praktiken des *BSC* ließen dann aber den grundlegenden Bruch in der Konzeption dieser Entwicklungsagentur umso deutlicher zu Tage treten. Er entsteht dadurch, dass dieser neoliberal agierende Player von der organisatorisch-formellen Struktur her als Teil der Stadtverwaltung von Mostar konzipiert worden ist. So steht der Anspruch eines freien Marktmechanismus nahezu diametral der in Mostar traditionell sehr stark protektionistisch, ethnonational und parteiklientelistisch geprägten Förder- und Entwicklungspraxis der Verwaltung gegenüber. Mit diesen Strukturen versuchte das *BSC* sich zu arrangieren, um seine entwicklungspolitischen Maßnahmen – wie z.B. die Verabschiedung der Entwicklungsstrategie, die Einrichtung des *business incubators* oder die *SME*-Förderung – nach vorne zu bringen. Die dabei zu Tage tretenden Brüche erwiesen sich als so tief, dass das *BSC* in dieser Position nicht nur seine Vermittler- und Ermöglicherrolle langfristig nicht aufrechterhalten konnte, sondern generell als gescheitert bezeichnet werden muss, weil es keine strategisch wirksamen Entwicklungen initiieren konnte.

Redah – Schmelztiegel des transnationalen Klientelismus

Einem ebenso ausgeprägten Legitimitäts- und Kohärenzdilemma unterliegt die regionalpolitische Praxis der Regionalen Entwicklungsagentur *Redah*. Ihr obläge in der Mehrebenenkonzeption der Europäischen Struktur- und Regionalpolitik die Koordination infrastruktureller und förderpolitischer Maßnahmen in den 23 Mitgliedsgemeinden der Herzegowina. Die seitens der europäischen Protagonisten in das Raum- und Regionalisierungskonzept der Agenturen hineingeschrie-

bene Forderung nach mehr Interethnizität (die Zuständigkeitsbereiche verlaufen z.B. quer zu den ethnonationalen Frakturen in Bosnien-Herzegowina) bricht sich jedoch an den ethnonationalistischen Loyalitäten, Politiken und Praktiken der lokalen Institutionen: So boykottieren die Mitgliedsgemeinden von *Redah*, die im Territorium der serbischen Teilrepublik Republika Srpska liegen, seit Jahren die im regionalen Entwicklungsdiskurs als unbedingt wirtschaftspolitisch ‚sinnvoll‘ angepriesene Koordination von clusterorientierten Fördermaßnahmen in den bosnischen und kroatischen Teilen des Landes. Diese würden zwar dem kooperationsorientierten Maßnahmenkatalog der EU-Kommission entsprechen, sie widersprechen aber den in diesem Falle offenbar stärker ins Gewicht fallenden Konkurrenz- und Abschottungslogiken zwischen den ethnonationalen Klientelen. Damit führen die von der EU vorgegebenen diskursiven Regeln, die ja vor Ort eigentlich den Wettbewerb fördern und die Kräfte des Marktes forcieren möchten, in ihren Praktiken zu einer nahezu sozialistisch anmutenden Steuerungspraxis und sie blockieren zentrale Möglichkeiten für *Redah*, EU-geförderte Projekte nach anderen Schnittmustern zu organisieren. Der Spagat der Entwicklungsagentur tritt zusätzlich in der für *Redah* relevanten Rolle der ethnonationalen Parteizugehörigkeit ihrer Beschäftigten zu Tage, die sich auch in Interviews stets diplomatisch und unpolitisch äußern. Hier ragt die parteipolitisch-klientelistische Personalpolitik in eine Institution hinein, die formal den Wettbewerbsregeln europäischer Stellenvergaben gehorchen müsste, die in ihrer Praxis jedoch den lokalen Ethnizitäten- und Parteienschlüssel berücksichtigt, um ihre lokalpolitische Unterstützungsbasis nicht zu verlieren.

LiNK – transethnische Förderung von Unternehmen am Tropf des ‚EU-Project-Business‘

Während bei *BSC* und *Redah* die Brüche zwischen den loyalitätsorientierten Klientelrationalitäten und den marktorientierten Wettbewerbsrationalitäten aus

den geschilderten Gründen sehr deutlich zu Tage traten und sich in den konkreten Projekten nicht selten in Form von Scheitern oder Stagnation zeigten, nimmt *LiNK* als zivilgesellschaftlich organisierte Institution mit sehr erfolgreicher transethnischer Mitgliederwerbung und Personalpolitik eine gewisse Sonderrolle ein. Wenngleich bei deren *business incubator*-Projekt eine enge Kooperation mit der Stadtverwaltung notwendig wurde und dieses Projekt daher der ‚Klientelfacetten‘ von *LiNK* am nächsten kommt, so spricht das Agieren dieser Institution gleichzeitig sehr deutlich die Sprache neoliberaler Wettbewerbspolitik: Das zentrale Förderinstrument von *LiNK*, der *credit-guarantee*-Fund, unterwirft Mikro-Unternehmen und Familienbetriebe der *business-plan*-gesteuerten Marktlogik bankenbasierter Finanzierungen. Dies geschieht zwar mit einem Risikodämpfer, aber dennoch in der Effizienzlogik von Zins- und Tilgungsplänen, wie sie bei klientel-internen Finanzierungsformen von Familienbetrieben (z.B. durch Privatkredite oder finanzielle Beteiligungen reicher Verwandter aus dem Ausland) in der Regel nicht (oder nicht in dieser Stringenz) existieren¹.

Auch die übrigen *LiNK*-Projekte, die oft über die Praxis von Fortbildungen (‚EU-Trainings‘) realisiert werden, sprechen die Sprache gouvernementaler Fremd- und Selbstführung (z.B. durch *capacity building* für Unternehmen). In dieser Form verwirklichen sie teilweise noch dezidiert die Agenda einer neoliberal-marktwirtschaftlich ausgerichteten Transformation als die stärker strategisch ausgerichteten Agenturen *Redah* und *BSC*. Nichtsdestotrotz ist auch *LiNK* gezwungen, sich in Bezug zu den klientelistischen Verhältnissen zu setzen. So musste sich *LiNK* aufgrund seines Lobbyings für den unternehmerischen Mittelstand von Gerüchten über die Nähe zu

¹ Eine logische Folge davon ist aber auch, dass das Instrument, der Fonds selbst, ohne staatliche Behütung in den Strudel der Finanzkrise geriet. Noch 2013 war seine Zukunft ungewiss, da die Banken eine durch *LiNK* letztlich nicht finanzierbare 100 %ige Sicherheit für die Kredite forderten (Interview mit Mitarbeiterinnen von *LiNK*).

kroatischen Parteien distanzieren. Trotzdem bewahrt sich *LiNK* aufgrund seiner häufig lediglich mittelbaren Einbindung in die staatliche Strukturförderung eine gewisse Freiheit von den institutionellen Einflussmöglichkeiten der klientelistischen Verwaltung und ihren spezifischen Rationalitäten. Dadurch sind – wie oben bereits angedeutet – die Brüche zwischen den beiden unterschiedlichen Formen gesellschaftlicher Organisation für *LiNK* nicht in gleicher Weise relevant wie für das *BSC* und *Redah*, sodass *LiNK* im Sinne der eigenen Agenda letztlich im Vergleich etwas erfolgreicher operieren konnte.

Grenzen europäischer Entwicklungsinterventionen in Mostar – ein Fazit

Die vorliegenden Untersuchungen zur Arbeit von (west-)europäischen Entwicklungsagenturen im Kontext der postkonfliktiven Restrukturierung wirtschaftlicher und politischer Strukturen in Mostar, Bosnien-Herzegowina, konnten

zunächst zeigen, dass deren normative und projektpraktische Ausrichtung im Sinne einer aus den westlichen Geberstaaten importierten neoliberal-gouvernementalen Agenda auf der sogenannten ‚Aktivierung‘ lag. Diese ‚Technologie des Regierens‘ beinhaltete die Durchführung von Trainings sowie den Anschub einzelner Förderinstrumente wie *business incubators* oder bestimmte Serviceleistungen wie Beratung und Knowhow-Transfer. Dies hat vor allem damit zu tun, dass solche eher institutionell-organisatorisch angelegten Entwicklungsagenturen kaum ‚großes Geld‘ mitbringen, um damit umfassendere Projekte zu realisieren. Trotzdem hängen sie am Fördertopf der EU und sind damit auch in der normativen Linie und den konkreten Formatierungen ihrer Maßnahmen den entsprechenden Leitbildern von Planung und Entwicklung verpflichtet.

Gleichzeitig zeigt die Untersuchung, dass die konkreten Projekte und Initiativen stagnieren, scheitern oder im Sande verlaufen. Dies liegt aber – wie oben be-

reits ausführlicher erläutert – vor allem an der Inkompatibilität mit den derzeit vor Ort hegemonialen Rationalitäten und Technologien politisch-ökonomischer Macht, insbesondere den Selbst- und Fremdblockademechanismen sowie den lokalen, in erster Linie ‚ethno-klientelistisch‘ ausgerichteten Praktiken des Regierens (Abb. 5).

Die Ergebnisse haben deutlich gemacht, dass die Inkompatibilitäten der westeuropäischen Rationalitäten und Technologien des Regierens mit den lokal-regionalen Gepflogenheiten die Entwicklungsagenturen in einen Spagat zwingen, in dem vielfältige Brüche und Widersprüche dazu führen, dass ihr Engagement und die damit verbundenen Projektinitiativen in ihrer Wirksamkeit sehr stark eingeschränkt werden oder zum Scheitern verurteilt sind.

Betrachtet man diese Vorgänge aus der Sicht des Foucaultschen Gouvernementalitätsansatzes, der jenseits von Prozessen und Institutionen stärker die unterschiedlichen Rationalitäten des Regierens

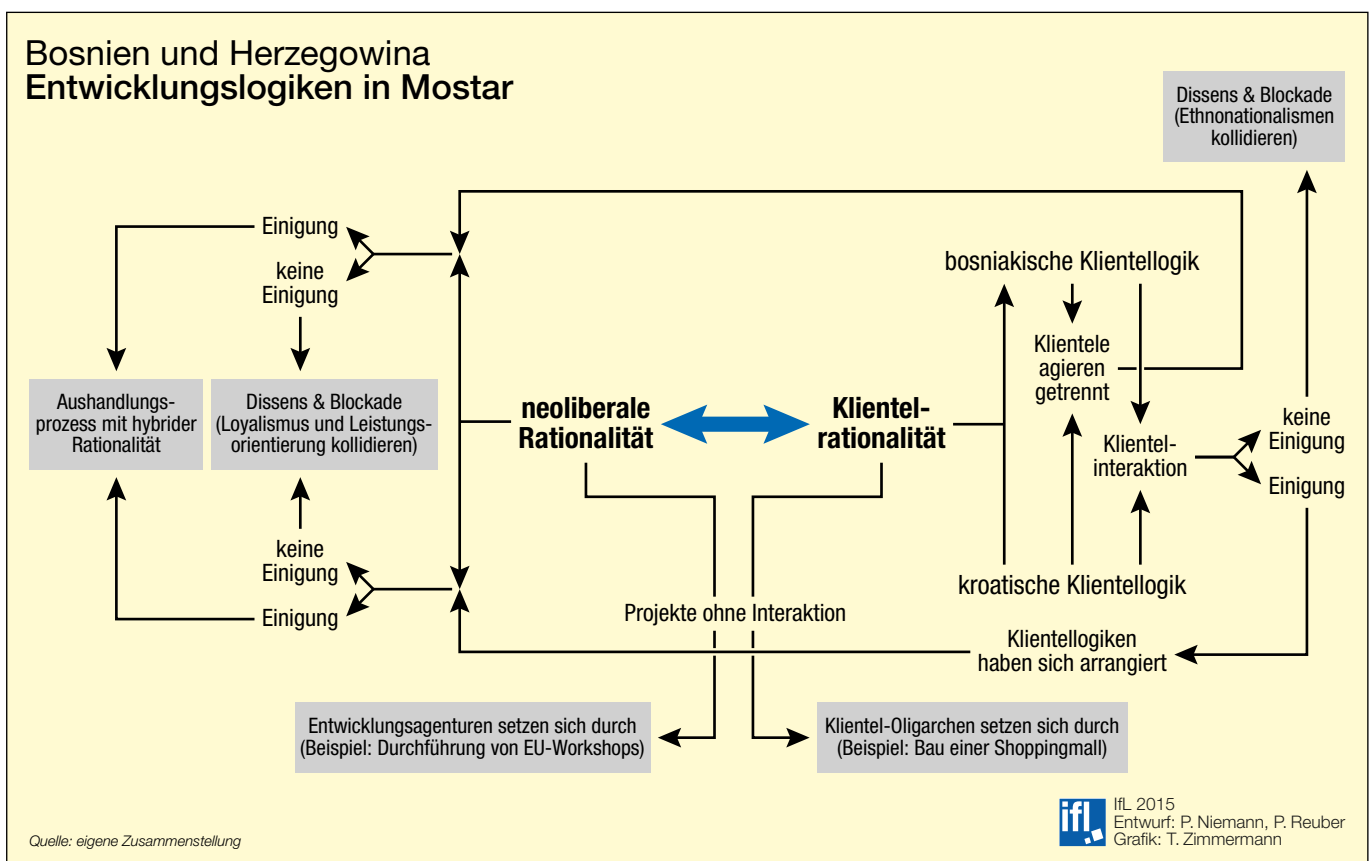


Abb. 5: Entwicklungslogiken in Mostar

und ihre Bedeutung für die Organisation gesellschaftlicher Machtverhältnisse in den Blick nimmt, so wird hier deutlich, dass die Entwicklungsagenturen mit ihren Agenden in eine größere politische Auseinandersetzung geraten sind, bei der es um die Frage geht, welche gesellschaftlichen, ökonomischen und politischen Organisationsformen in der Stadt Mostar und in der Region in Zukunft hegemonial sein werden. Vor diesem Hintergrund lassen sich die westlichen Agenturen als Teil einer Bewegung verstehen, die den regionalen Kontext im Sinne westlicher Wirtschafts- und Politikmodelle – je nach Sichtweise – demokratisieren bzw. kolonisieren möchte. Gleichzeitig können die Blockaden der örtlichen Politik und Verwaltung durchaus als lokale Strategie interpretiert werden, die Entwicklung dieses aus ihrer Sicht ‚fremden‘ Steuerungsimpulses in Richtung einer interethnischen und auf ökonomische Prosperität ausgerichteten Gesellschaft zu verlangsamen. Aus ihrer Sicht lässt sich damit insgesamt die Transformation von einer traditionell eher klientelistisch-sozialistisch informierten Form von Gesellschaftlichkeit hin zu einer westlich-marktorientierten Strukturierung verzögern.

Indem die Analyse diesen gesellschaftlichen Konflikt am Beispiel des Wirkens und Scheiterns der untersuchten Entwicklungsagenturen und ihrer Projekte aus der dargelegten konzeptionellen Perspektive sichtbar macht, gibt sie neben den zentralen empirischen Ergebnissen auch einen Anstoß zur Betrachtung von konkreten Entwicklungsprozessen aus einer postkolonialen, entwicklungskritischen Perspektive.

Literatur

- BECKER, S. u. B. FÜHRMANN (2003): Erfahrungen in Vorhaben der Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung sowie der wirtschaftspolitischen Beratung in Konflikt- und Postkonfliktländern. Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ). Berlin.
- BELLONI, R. (2001): Civil Society and Peacebuilding in Bosnia and Herzegovina. In: Journal of Peace Research, Band 38, S. 163-180.
- DEAN, M. (2007): Die „Regierung von Gesellschaften“. Über ein und seine historischen Voraussetzungen. In: Krasemann, S. u. M. Volkmer (Hrsg.) (2007): Michel Foucaults „Geschichte der Gouvernementalität“ in den Sozialwissenschaften. Internationale Beiträge. Bielefeld, S. 75-106.
- DEU-BaH (Delegation of the European Union to Bosnia and Herzegovina) (2014): „EU continues to support Mostar International Airport“ unter: <http://europa.ba/News.aspx?newsid=6749&lang=EN> (abgerufen am 26.11.2014).
- DONAIS, T. (2005): The Political Economy of Peacebuilding in Post-Dayton Bosnia. London.
- FEIGS, F. (2006): Post-conflict development in Bosnia and Herzegovina. The hindrances to local socio-economic development in Mostar. o.O.
- FEIGS, F. (2011): Die Rolle der Privatwirtschaft in der post-konfliktiven Regionalentwicklung in Bosnien-Herzegowina am Beispiel der Stadtregionen Tuzla und Mostar. In: Münstersche Geographische Arbeiten, Band 52. Münster.
- FÜLLER, H. u. N. MARQUARDT (2009): Gouvernementalität in der humangeographischen Diskursforschung. In: Glasze, G. u. M. Matissek (Hrsg.) (2009): Handbuch Diskurs und Raum. Theorien und Methoden für die Humangeographie sowie die sozial- und kulturwissenschaftliche Raumforschung. Bielefeld, S. 83-106.
- FÜLLER, H. u. N. MARQUARDT (2010): Sicherstellung von Urbanität. Innerstädtische Restrukturierung und soziale Kontrolle in Downtown Los Angeles. Münster.
- GORETZKY, W. (2006): Entwicklungsgesellschaft Tuzla – eine Regionalentwicklungsagentur in der Post-Konflikt Situation in Bosnien und Herzegowina. In: Böttcher, D., U. Ganzer-Sommer u. R. Kallmayer (Hrsg.) (2006): Regionale und kommunale Wirtschaftsförderung in Südosteuropa. Konzepte, Instrumente, Lernerfahrungen. Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ). Eschborn, S. 79-81.
- GRANDITS, H. (2007): The Power of „Armchair“ Politicians: Ethnic Loyalty and Political Factionalism among Herzegovinian Croats. In: Bougarel, X., E. Helms u. G. Duijzings (Hrsg.) (2007): The New Bosnian Mosaic. Identities, Memories and Moral Claims. Aldershot, S. 101-122.
- INTERNATIONAL CRISIS GROUP (ICG), 2000. Reunifying Mostar: opportunities for progress. ICG Balkans Report Band 90. Sarajevo.
- JENICHEN, A. (2004): Kooperative Friedensförderung? Die OSZE und Lokale NGOs in Mostar. In: Berghof-Arbeitspapiere 25. Berghof-Forschungszentrum für Konstruktive Konfliktbearbeitung. Berlin.
- MATTISSEK, A. (2008): Die neoliberale Stadt. Diskursive Repräsentationen im Stadtmarketing deutscher Großstädte. Bielefeld.
- MOORE, A. (2013): Peacebuilding in practice: Local experience in two Bosnian towns. Cornell University Press.
- NEUE ZÜRCHER ZEITUNG (2013): Mostar – Die unregierbare Stadt. <http://www.nzz.ch/aktuell/international/uebersicht/die-unregierbare-stadt-1.18053507> (abgerufen am 26.04.2014).
- PALMBERGER, M. (2006): Making and Breaking Boundaries: Memory Discourses and Memory Politics in Bosnia and Herzegovina. In: M. Bufon, A. Gosar, S. Nurković u. A.-L. Sanguin (Hrsg.): The Western Balkans – a European Challenge. On the Decennial of the Dayton Peace Agreement, Založba Annales. Koper, S. 525-536.
- PALMBERGER, M. (2013): Practices of border crossing in post-war Bosnia and Herzegovina: the case of Mostar. In: Identities: Global Studies in Culture and Power, Band 20, Nr. 5, S. 544-560.
- PICKERING, P. (2006): Generating Social Capital for Bridging Ethnic Divisions in the Balkans. The Case of Bosnian-Dominated Urban Bosnia. In: Ethnic and Racial Studies 19, H. 1, S. 79-103.

- PUGH, M. (2004): Rubbing Salt in War Wounds – Shadow Economies and Peace Building in Bosnia and Kosovo. In: Problems of Post Communism 51, S. 53-60.
- PREUSS, A. (2004): Friedensaufbau durch internationale Polizeieinsätze in ethnonationalen Konflikten Bosnien-Herzegowinas am Beispiel der WEU-Polizei in Mostar. Münster.
- REDEPENNING, M. (2001): Territorien und Politik – Anmerkungen zu den Friedensplänen für Bosnien-Herzegowina zwischen 1993 und 1995. In: Reuber, P. u. G. Wolkersdorfer (Hrsg.): Politische Geographie. Handlungsorientierte Ansätze und Critical Geopolitics. In: Hei-
delberger Geographische Arbeiten 112. S. 187-191.
- REUBER, P. (2012): Politische Geographie. Paderborn.
- SCOTTO, G. (2004): Friedensbildung in Mostar. Die Rolle der internationalen NRO. Münster.
- SEEBACHER, A. (2004): Wiederbeschaffung von Wohnraum im Rahmen humanitärer Hilfe nach Kriegen: modellhafte Strategien und der Fall Mostar. o.O.
- VETTERS, L. (2007): The power of administrative categories. Emerging notions of citizenship in the divided city of Mostar. In: Stroschein, S. (Hrsg.) (2007): Governance in Ethnically mixed cities. Abingdon.
- YARWOOD, J. (1999): Rebuilding Mostar: Reconstruction in a War Zone. Liverpool.

Dipl.-Geogr. Patrick Niemann
 Prof. Dr. Paul Reuber
 Westfälische Wilhelms-Universität
 Münster
 Institut für Geographie
 Heisenbergstr. 2
 48149 Münster
 niemannp@uni-muenster.de
 p.reuber@uni-muenster.de

Резюме

ПАТРИК НИМАН, ПАВЕЛ РОЙБЕР

Развитие Мостара как эксперимент европейского регулирования?! – Проблемы и трудности постконфликтного региона

Благодаря международной помощи город Мостар стал после гражданской войны в начале 1990-х годов своеобразным полигоном для применения современных и перспективных концепций стабилизации и развития западноевропейских городов и регионов. Существующие эмпирические исследования функционирования агентств (городского и территориального) развития показывают, что большинство таких инициатив после первоначального успеха столкнулось с различными проблемами в области их трактовки и реализации. Выборочный анализ проектных разработок (стратегии развития города и региона, бизнес-инкубатор, приватизация аэропорта) однозначно демонстрирует, что в основе возникавших конфликтов интересов и противостояний лежат в первую очередь глубокая несовместимость между западноевропейскими рациональными подходами и стратегиями «развития» вышеуказанных агентств, с одной стороны, и местными исторически совсем иначе структурированными формами и сетями политической и экономической власти, с другой. При этом на местном уровне в первую очередь действуют различные блокирующие механизмы и этнические клиентелистские модели и практики методов в политике и управлении. Таким образом, агентства развития испытывают многочисленные проблемы и противоречия, ведущие к тому, что их деятельность и связанные с этим проектные инициативы сильно ограничены в своей эффективности или обречены на неудачу.

Мостар, развитие, постконфликтный, вмешательство/регулирование, Босния-Герцеговина, Юго-Восточная Европа

Résumé

PATRICK NIEMANN, PAUL REUBER

Mostar, un terrain d'expérimentation pour les interventions européennes d'aide au développement ?! – Problèmes et difficultés dans une région post-confliktuelle

Après la guerre civile du début des années 1990, la ville de Mostar est devenue, dans le cadre de l'aide internationale, le terrain opérationnel des projets ouest-européens de stabilisation et de développement urbains actuels et futurs. Portant sur le travail de telles agences de développement, la présente recherche empirique montre que la plupart de ces initiatives ont plus ou moins été confrontées, après les réussites des débuts, à des problèmes d'acceptation et d'application. La reproduction de phases de projet-type (stratégie de développement urbain, pépinière d'entreprises, privatisation du secteur aéroportuaire), avec leurs conflits et leurs résistances, a mis en évidence que ce sont avant tout les profondes incompatibilités entre, d'une part, les rationalités ouest-européennes ainsi que les stratégies de «développement» des agences et, d'autre part, les formes et réseaux du pouvoir politico-économique, à la structure nettement différente de par leur histoire, qui en sont responsables. Au niveau local, les mécanismes de blocage endogène et exogène ainsi que les modèles et pratiques «ethnoclientélistes» en politique et dans l'administration agissent ici en premier ressort. De la sorte, les agences de développement se retrouvent à faire le grand écart, en cela que de multiples ruptures et contradictions conduisent à ce que leur engagement et les initiatives de projets qui s'en émanent sont d'une efficacité très limitée, quand ils ne sont pas voués à l'échec.

Mostar, développement, post-confliktuel, intervention, Bosnie-Herzégovine, Europe du Sud-Est